

Wahrnehmung durch Staatsministerin Cornelia Pieper

Frage Nr. 85

MdB Katja Keul

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frage:

Welche EU- und anderen internationale Projekte wie die Mission zur Ausbildung libyscher Polizisten durch Jordanien, werden zur Zeit nach Kenntnis der Bundesregierung zur Stärkung des Sicherheitssektors und der Waffenkontrolle in Libyen durchgeführt, und zu welchen derartigen Projekten leistet die Bundesregierung Unterstützung (wenn möglich nach Projekt und Höhe der Mittelzuwendung aufschlüsseln)?

Antwort:

Zur Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, UNSMIL, gehören Polizeiberater, die das libysche Innenministerium beraten, u.a. bei der Gestaltung von polizeilichen Aus- und Fortbildungskursen, bei der Absicherung von Wahlen und bei der wirtschaftlichen Beschaffung von Material und Ausrüstung. UNSMIL und der Minenräumdienst der Vereinten Nationen, UNMAS, unterstützen das libysche Verteidigungsministerium bei der Erarbeitung eines Programms zur Registrierung von Waffen.

Bei der Ausbildung libyscher Polizisten durch Jordanien handelt es sich um ein bilaterales Vorhaben der jordanischen Regierung, zu dem der Bundesregierung keine näheren Informationen vorliegen. Weitere internationale Vorhaben zur Stärkung des libyschen Sicherheitssektors sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Die Europäische Union engagiert sich derzeit insbesondere für eine Verbesserung des Grenzschutzes in Libyen. Sie hat im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung unter dem Dach der Vereinten Nationen die federführende Zuständigkeit für diesen Bereich übernommen. Entlang der langen libyschen Grenzen erfolgen derzeit nur unzureichende Kontrollen gegen den Schmuggel von Menschen, Waffen und Drogen. An einer Erkundungsmission der EU, die ihren Abschlussbericht in nächster Zeit vorstellen wird, hat auch ein über das Auswärtige Amt entsandter deutscher Experte teilgenommen. Über konkrete, weiterführende Maßnahmen wird in den nächsten Wochen auf Grundlage des Abschlussberichts in Brüssel beraten werden.

Die Bundesregierung leistet zudem bilaterale Beiträge zur Verbesserung der Sicherheitslage in Libyen. Die Proliferation von Waffen bedeutet eine große Herausforderung. Seit dem Ende der Kampfhandlungen ist Libyen daher prioritär für deutsche Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Nichtverbreitung, der konventionellen Rüstungskontrolle und des humanitären Minenräumens.

Bis jetzt hat die Bundesregierung dafür bereits rund 2,8 Mio. Euro eingesetzt. Dabei handelt es sich um folgende Vorhaben:

- Gemeinsam mit den USA Aufbau der neuen nationalen Behörde für Minenräumung, Kampfmittelbeseitigung und Kleinwaffenkontrolle (Libyan Mine Action Center - LMAC) (750.000 Euro),
- Kampfmittelbeseitigung und Gefahrenaufklärung der Bevölkerung (über 1,3 Mio. Euro). 2012 sind weitere Projekte im Wert von über 750.000 Euro geplant,
- Logistische Unterstützung bei der Inspektion und Sicherung von Chemiewaffen (ca. 600.000 Euro) und Ausrüstungshilfe (90.000 Euro). Eine weitere Ausrüstungshilfe (Wert bis 400.000 Euro) ist in Vorbereitung.

Die Bundesregierung hat zudem Mitte Mai 2012 gemeinsam mit dem Büro für Nuklearsicherheit (Office of Nuclear Security ONS) der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO einen Besuch in Tripolis durchgeführt. Dabei wurden mit der libyschen Atomenergiebehörde Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherung des zivilen Kernforschungszentrums Tadschura, hochradioaktiver Strahlenquellen und zur Verhinderung des Schmuggels von Nuklearmaterial erörtert. Erste bilaterale Maßnahmen und Beiträge zu IAEO-Aktivitäten sind noch 2012 geplant.